



Deutscher Bundestag

Berichterstattung aus Ausschuss und Plenum

Experten uneins im Hinblick auf eine Bejagung der Wölfe in Deutschland

Soll der Wolf in Deutschland wieder bejagt werden und würde dies die Situation von Weidetierhaltern verbessern? In diesen Fragen sind sich Experten und Politiker extrem uneins. Dies wurde deutlich in einer öffentlichen Anhörung des **Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** unter Vorsitz von **Michael Thews (SPD)** am **Mittwoch, 18. April 2018**. So besteht bereits Unklarheit über die Zahl der in Deutschland lebenden Wölfe. Grundlage der Sachverständigenanhörung waren verschiedene Anträge von AfD ([□ 19/594](#)), FDP ([□ 19/584](#)), Die Linke ([□ 19/581](#)) und Bündnis 90/Die Grünen ([□ 19/589](#)), die zwar alle für einen Herdenschutz plädieren, in der Frage des Jagdrechts aber unterschiedliche Positionen vertreten.

Dr. Nicole von Wurmb-Schwark von **ForGen – Forensische Genetik und Rechtsmedizin in Hamburg am Institut für Hämatopathologie Hamburg** sagte, es gebe in Deutschland eine „stabile Population“ von Wölfen. Die Sorge um ihren Erhalt sei derzeit „eher gering“. Die steigende Population führe zu einer zunehmenden Verpaarung mit Hunden; hier müsse die Datenlage verbessert werden, um Weidetierhalter entschädigen zu können.

„Management der Wölfe nötig“

Eberhard Hartelt vom **Deutschen Bauernverband** sagte, das Thema Wolf werde polarisierend und emotional diskutiert. Man müsse dabei die Ängste der Tierhalter und der Menschen im ländlichen Raum „ernst nehmen“. Es brauche „mehr Offenheit und Ehrlichkeit“, wenn es um Probleme mit dem Wolf gehe. In Deutschland würden Anfang des Jahres 2018 mehr als 1.000 Wölfe leben, dies sei ein „günstiger Erhaltungszustand“. Es dürfe nicht länger einen „uneingeschränkten Freilandversuch zugunsten des Wolfes geben“ – vielmehr sei ein „Management der Wölfe“ nötig.

Helmut Damman-Tamke wies für den **Deutschen Jagdverband** darauf hin, dass die Zahl der Wölfe in Deutschland „exponentiell“ wachse; die Politik habe diese „Dynamik“ aber „nicht erkannt“. Angesichts des guten Zustands der Art sei er nicht gegen „eine Überführung des Wolfes in das Jagdrecht“. Dies würde keine automatische Bejagung bedeuten, es gäbe auch die Möglichkeit einer ganzjährigen Schonzeit.

„Bejagung würde Schafhaltern nicht helfen“

Ilka Reinhardt vom **LUPUS Institut für Wolfsmonitoring und -forschung in Deutschland** plädierte dafür, von Ländern wie Polen, Italien und Spanien zu lernen, in „denen der Wolf nie weg war“. Dort funktioniere der Herdenschutz; bei diesem Thema gebe es in Deutschland „Nachholbedarf“. Das Schießen der Tiere nütze nichts; sie dürften gar nicht erst lernen, „dass Schafe lecker sind“. Mit einer Bejagung wäre den Schafhaltern nicht geholfen; diese würde die Konflikte nicht minimieren. Schon jetzt sei eine Entnahme einzelner Tiere möglich.

Prof. Dr. Wolfgang Köck vom **Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung** führte aus, der Wolf sei sowohl durch das Berner Übereinkommen als auch eine europarechtliche Richtlinie geschützt. So solle ein günstiger Erhaltungszustand erreicht werden. Sei dieser Zustand erreicht, komme „theoretisch auch eine Bejagung wieder in Betracht“. So sei die Lage derzeit aber nicht: Für einen günstigen Erhaltungszustand sei eine „Minimumpopulation“ von 1.000 erwachsenen Tieren nötig. Derzeit gebe es in Deutschland aber nur 150 erwachsene Wölfe. Daher stelle sich die Frage nach der Jagd „gegenwärtig nicht“.

„Es muss regelmäßige Wolfstreibjagden geben“

Werner Gerhards betonte für den **Verein Sicherheit und Artenschutz**, man werde über die Zahl der Wölfe in Deutschland „amtlich falsch informiert“ – die Angaben reichten von 150 bis rund 700 Tiere. Man müsse aber von etwa 1.050 Exemplaren ausgehen. Das Wolfsmanagement gehöre „sofort“ in das Bundesjagdgesetz. Zudem brauche es, um die Schäden einschätzen zu können, die die Tiere anrichteten, eine Aktualisierung des Wolfsmonitorings. Es müsse regelmäßige „Wolfstreibjagden“ geben, bei der die Tiere „nicht totgeschossen“, sondern „erschreckt werden“ sollten.

Hilmar Freiherr von Münchhausen von der **Deutschen Wildtier Stiftung** nannte den Wolf eine „Bereicherung der Artenvielfalt“ und plädierte für Sachlichkeit. Weidetierhalter benötigten „Solidarität“; denkbar seien „spezielle Förderprogramme“. An ihrer „desolaten Situation“ sei aber nicht der Wolf schuld, sondern die schlechten Rahmenbedingungen.

Weidetierprämie befürwortet

Für die **Arbeitsgemeinschaft Herdenschutz Hunde** wies **Frank Hahnel** darauf hin, dass Herden momentan mit Elektrozäunen und Herdenschutzhunden geschützt würden. Die Kosten dafür träfen die Schäfer, die ohnehin eine Berufsgruppe mit geringem Einkommen seien, hart. Sie würden die „Landschaft, die Sie lieben“ pflegen, würden für die Dienstleistungen und gesellschaftlichen Aufgaben aber nicht angemessen entlohnt. Hahnel sprach sich für eine Weidetierprämie aus.

Dafür ist auch **Andreas Schenk** vom **Bundesverband Berufsschäfer**. Er fordert zudem ein Kompetenzzentrum Herdenschutz und bundeseinheitliche Standards im Umgang mit dem Wolf. Dafür müsse die Bundesebene Verantwortung übernehmen. Für einen guten Herdenschutz brauche es mehr Forschung und den Austausch von Praktikern sowie eine technische Weiterentwicklung. (suk/18.04.2018)

Liste der geladenen Sachverständigen

- **Dr. Nicole von Wurmb-Schwark**, Privatdozentin, ForGen – Forensische Genetik und Rechtsmedizin in Hamburg am Institut für Hämatopathologie, Hamburg
- **Eberhard Hartelt**, Deutscher Bauernverband e. V.,
- **Helmut Dammann-Tamke**, niedersächsischer Landtagsabgeordneter, Deutscher Jagdverband e. V. (DJV)
- **Ilka Reinhardt**, LUPUS Institut für Wolfsmonitoring und -forschung in Deutschland
- **Prof. Dr. Wolfgang Köck**, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH (UFZ)
- **Werner Gerhards**, Verein Sicherheit und Artenschutz e. V.
- **Hilmar Freiherr von Münchhausen**, Deutsche Wildtier Stiftung

- **Frank Hahnel**, Arbeitsgemeinschaft Herdenschutzhund e. V.
- **Andreas Schenk**, Bundesverband Berufsschäfer e. V.

Ausdruck aus dem Internet-Angebot des Deutschen Bundestages
<https://www.bundestag.de/bau>
Stand: 22.04.2018